

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	40
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	1122/2018
		GZ:	OB 7651-04.00
Sitzungstermin:	06.02.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Stuttgarter Integrations- und Arbeitsmarktprogramm für Frauen (SINA) - städtische Förderung ab dem Jahr 2019 und Anpassung der Projektformate - Sachbeschluss zur Umsetzung der HH-Beschlüsse 2018/2019		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 23.01.2019, GRDRs 1122/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern (OB-ICG) wird mit der bedarfsorientierten Modifizierung der Projektformate (BBI) "Berufliche Beratung und Information für Mütter mit Kindern unter 3 Jahren", (MIA) Modellprojekt Alleinerziehende und (PRECASUS) Modellprojekt für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen in den Jahren 2019/2020 beauftragt.
2. Die Entwicklung und Umsetzung eines stadtteilorientierten, zielgruppenspezifischen Unterstützungskonzepts erfolgt im Rahmen eines Vergabeverfahrens.
3. Der Fortführung der Beratungsstelle für Frauen in besonderen Lebenssituationen des SINA-Programms - Träger, Sozialdienst katholischer Frauen e. V. (SKF) - zum 01.01.2019 wird zugestimmt. Die Förderung erfolgt auf der Grundlage eines Zuwendungsbescheids.

4. Die Mittel für die Neuausrichtung der Modellprojekte und Beratungsstellen des SINA-Programms in Höhe von 282.800 EUR für 2019 stehen im Budget der Abteilung individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern OB-ICG, THH 810 - Bürgermeisteramt, Kontengruppe 43100 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, zur Verfügung.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Außer Frage steht für StRin Ripsam (CDU), dass in dem zur Beratung stehenden Bereich Handlungsbedarf besteht. Die Vorlage habe - nach den Beratungen im Rahmen der Etatberatungen 2018/2019 im Herbst 2017 - einige Zeit auf sich warten lassen. Die Vorlage zeige deutlich, dass es zu den betroffenen Frauen keinen ausreichenden Zugang gebe. Daher werde mit der stadtteilorientierten Neuausrichtung für das Projekt ein neuer Ansatz gewählt. Die CDU-Gemeinderatsfraktion begrüße es, dass auf diese Weise versucht werde, bisher nicht erreichbare Frauen zu erreichen.

Dies, so StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE), könne sie in weiten Teilen unterstreichen. Das Stuttgarter Integrations- und Arbeitsmarktprogramm für Frauen (SINA) sei sicherlich ein gutes Projekt.

Auch StRin Vowinkel (SPD) äußert sich zu dem Projekt positiv. Dadurch gelinge es, betroffene Frauen wieder an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Diese seien glücklich, wieder selbstständig zu ihrem Lebensunterhalt beitragen zu können. Sie bezeichnen den neuen stadtteilorientierten Ansatz ebenfalls als richtigen Weg. Wenn sich dieser Weg als richtig erweise, sollte eventuell ein stadtweites Angebot folgen.

Für die Anerkennung bedankt sich Frau Dr. Matschke (OB-ICG). Die stattgefundenen Recherchen hätten gezeigt, dass es diese Personengruppe gebe und dass diese Frauen im Alter armutsgefährdet seien. Gehofft werde, durch Quartiersarbeit die Frauen besser zu erreichen. Vermieden werden solle eine Doppelstruktur, indem an bereits Vorhandenes angeknüpft werde (Stadtteilmanagement, Gesundheitsmanagement, Beratungszentren).

An StRin Nuber-Schöllhammer gewandt informiert Frau Dr. Matschke, die Evaluation beziehe sich erst einmal auf drei Stadtteile. Der Ansatz gelte jedoch unter Beachtung des Sozialdatenatlas für das gesamte Stadtgebiet. Geschaut werde, was dezentral erforderlich sei. Das, was über die Träger zentral angeboten werden könne, werde sich zeigen. Anschließend würden die Maßnahmen vergeben.

Zum Ansatz "Neustart ab 45" fährt sie weiter an StRin Nuber-Schöllhammer gewandt fort, das Projekt gebe es seit 2014. Es sei für Frauen gedacht, die sich in prekären Situationen befänden, aber in das Berufsleben wieder einsteigen oder sich verändern wollten. Träger sei hier BeFF (Berufliche Förderung von Frauen e. V.). Es werde eine Gruppe von zehn Frauen gebildet. Diese würden über sechs Monate in Tagesseminaren in Gruppencoaching und in Einzelcoaching begleitet. Die Zielgruppe werde nun nochmals genauer betrachtet, um sicher zu sein, dass es sich um Frauen handle, die sich in einer prekären Situation befänden, und nicht um Frauen, für die es andere Angebote beispielsweise der Arbeitsagentur gebe. Die Arbeitsagentur und das Jobcenter machten gute Arbeit (z. B. Lebensphasenberatung).

Von Frau Dr. Matschke erhält StRin Vowinkel (SPD) die Information, der Arbeitsbeginn 2019/2020 habe vergaberechtliche Gründe. Bis zu einer gewissen Vergabehöhe sei eine bundesweite Ausschreibung möglich. Ansonsten hätte eine europaweite Ausschreibung durchgeführt werden müssen. Es werde davon ausgegangen, dass in den zwei Jahren sehr viele Erkenntnisse gewonnen werden könnten. Daran anknüpfend sollten sukzessive die Maßnahmen, die aus den sich ergebenden Bedarfen und Notwendigkeiten erforderlich würden, ausgeschrieben werden. Mit Vergaberechtlern sei die Vorgehensweise abgesprochen.

Abschließend stellt EBM Föll fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. OB-ICG
zur Weiterbehandlung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. S/OB
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR